

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Miriam Schwarz, SP): Effiziente Umsetzung der flankierenden Massnahmen in der Stadt Bern und Kampf gegen Schwarzarbeit

Seit dem 1. Juni 2004 hat die zweite Phase der aus den Bilateralen Verträgen mit der EU resultierenden Personenfreizügigkeit begonnen: Der Inländervorrang und die Arbeitsbewilligungen für Staatsbürgerinnen Staatsbürger aus den 15 alten EU-Ländern fällt weg, weiterhin bestehen aber jährliche Kontingente. Für entsandte Arbeitnehmende unter 6 Monaten besteht eine Meldepflicht. Die Flankierenden Massnahmen sind in Kraft und müssen effizient umgesetzt werden. Die Kontrollen konnten ausgedehnt und intensiviert werden. Die Erfassung der Arbeitsverhältnisse, Bewilligungen und Meldungen sind standardisiert. Bereits konnten die ersten Erfahrungen ausgewertet werden.

Es ist klar feststellbar, dass Missbrauch existiert: Lohn- und Sozialdumping kommen im Arbeitsalltag nicht nur in der Baubranche und bei den Temporärarbeitsbüros vor. Es muss alles getan werden, um diesen aufzudecken und zu verhindern. Nur so kann auf die Dauer Lohndruck auf die schweizerischen und hier niedergelassenen ausländischen Arbeitnehmenden verhindert werden.

Es besteht aber auch schon längere Zeit eine grosse Quantität an Schwarzarbeit, welche schädlich für Sozialversicherungen, Steueraufkommen und Volkswirtschaft ist, nicht zu sprechen von den negativen Auswirkungen auf die einzelnen Arbeitnehmenden z.B. im Falle eines Arbeitsunfalls. Mit dem Arbeitsmarktgesetz (AMG) hat der Kanton die Basis geschaffen, diese einzelnen Missbräuche zu bekämpfen. Er ist aber dringend auf die Zusammenarbeit der kommunalen Behörden angewiesen.

Wir bitten daher den Gemeinderat die folgenden Massnahmen zu prüfen:

1. Organisatorische Veränderungen und Anpassung der Abläufe, damit die Zusammenarbeit im Arbeitsmarkt-, Polizei- und Migrationsbereich mit den kantonalen Behörden effizienter und einfacher wird. Die dazu notwendigen Bildungsmassnahmen sind sofort anzugehen.
2. Auf dem Stadtgebiet alles zu unternehmen, dass Lohn- und Sozialdumping sowie Schwarzarbeit verhindert werden kann, insbesondere durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und anderen Organisationen.
3. Das Projekt „Top Combi“ von beco und Ausgleichskasse des Kantons Bern für ein vereinfachtes Verfahren zur Anmeldung und Abrechnung der Sozialversicherungsabgaben für Klein- und Gelegenheitsarbeiten zu propagieren und aktiv anzubieten. Bei diesem vereinfachten Verfahren werden gleichzeitig sämtliche weiteren notwendigen Bewilligungen und Anmeldungen bearbeitet.

Bern, 28. April 2005

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Miriam Schwarz, SP), Sarah Kämpf, Maya Widmer, Gisela Vollmer, Giovanna Battagliero, Stefan Jordi, Andreas Flückiger, Raymond Anliker, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Michael Aebersold, Thomas Göttin, Christof Berger, Beat Zobrist, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf

Antwort des Gemeinderats

Lohn- und Sozialdumping und Schwarzarbeit sind wirtschaftlich und sozial schädlich. Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Postulantinnen und Postulanten: Der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie der Schwarzarbeit wird in den kommenden Monaten und Jahren grosse Bedeutung beigemessen. Die Zuständigkeit und Verantwortung für den Aufbau einer effizienten Kontrollorganisation liegt beim Kanton. Der Gemeinderat wird im Rahmen seiner Möglichkeiten seinen Beitrag dazu leisten.

Zu Frage 1:

Der Kanton hat die rechtliche Basis zur Missbrauchsbekämpfung gegen die Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit gelegt. Seit der Schaffung der kantonalen Arbeitsaufsicht beco wurden entsprechende Vorkehrungen mit den involvierten Behörden von Stadt und Kanton Bern getroffen. Ergänzende Organisations- beziehungsweise Koordinations- sowie notwendige Bildungsmassnahmen können erst dann angegangen werden, wenn eine Aufstockung und Einsetzung zusätzlicher Inspektorinnen und Inspektoren durch das beco realisiert und durchgesetzt werden. Der Gemeinderat wird sich hierfür einsetzen.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat wird die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie der Schwarzarbeit im Rahmen der Sozialpartnergespräche, die quartalsweise stattfinden, thematisieren. Falls auf Stadtgebiet die Kontrollmechanismen als zuwenig effizient beurteilt werden, wird die Kantonale Arbeitsmarktkommission (KAMKO) informiert und eingeschaltet.

Zu Frage 3:

Schwarzarbeit ist bei Klein- und Gelegenheitsarbeiten häufig. Unkenntnis der Vorschriften und administrativer Aufwand bei der Abrechnung der Sozialbeiträge sind dafür die wichtigsten Gründe. Das Projekt „Top Combi“ der Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB) und des beco Berner Wirtschaft bietet deshalb ab dem 1. Januar 2006 ein vereinfachtes Anmelde- und Abrechnungsverfahren für Sozialabgaben bei Klein- und Gelegenheitsarbeiten (für Einkommen bis maximal 800 Franken pro Monat) an. Integriert ist zudem eine beschränkte Arbeitsbewilligung für ausländische Arbeitnehmende, sofern sich diese legal in der Schweiz aufhalten und eine Beschäftigung grundsätzlich möglich ist. Zudem kann auch eine Unfallversicherung eingeschlossen werden. Vom vereinfachten Verfahren profitieren Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Verwaltung. Das Projekt ist für einen funktionierenden Arbeitsmarkt, insbesondere auch im Zuge der Erweiterung der Personenfreizügigkeit, von Bedeutung. Es bekämpft die Schwarzarbeit und fördert niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten. Die vereinfachte Abrechnung wird ab dem 1. Januar 2006 möglich sein. Die zuständigen Stellen des Kantons werden im November 2005 über die Formalitäten für Interessierte orientieren. Das Wirtschaftsamt wird in den einschlägigen Publikationen, insbesondere im Newsletter Wirtschaftsregion Bern, der an 9 000 Firmen und Institutionen in der Region Bern versandt wird, sowie im Internet-Auftritt der Wirtschaftsförderung Region Bern in geeigneter Form informieren.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 26. Oktober 2005

Der Gemeinderat